

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Ziehungslisten der Verwaltung der R. S. Staatsschulden und der R. S. Land- und Landeskulturrentenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundsätzliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 119.

Dienstag, 27. Mai

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1/2spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 1/2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingeliefert) 100 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Das englische Königspaar tritt heute nachmittag die Rückreise nach England an.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zugegangen, der wesentlich schärfere Strafbestimmungen vorsieht.

In Johannisthal stürzte heute früh der Flieger Michaelis mit einer Sportflieger-Taube ab und wurde schwer verletzt.

Eine Note des französischen Finanzministeriums bringt zur Deckung des Fehlbetrags im laufenden Jahre eine Erhöhung indirekter Abgaben, die insgesamt rund 170 Mill. Frs. ergeben soll, in Vorschlag.

In der gestrigen Sitzung der griechischen, serbischen und montenegrinischen Delegierten wurde beschlossen, Staatssekretär Grey zu ersuchen, nunmehr offiziell eine Konferenz der Kriegführenden einzuberufen. Die bulgarischen Delegierten hatten an der Sitzung nicht teilgenommen.

Die griechische Regierung beschloß, Saloniki zu einem Freihafen mit sehr ausgebreiteter Freizone zu machen.

In den griechisch-bulgarischen Kämpfen am Pangäusgebirge hatten die Griechen nach amtlicher Feststellung 39 Tote, darunter 3 Offiziere, und 137 Verwundete, darunter 3 Offiziere.

Der Abschluß eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua über den Bau eines Kanals durch Nicaragua soll bevorstehen.

Das erste Bismarck-Denkmal in Amerika ist im Riverside-Park zu Chicago enthüllt worden.

Amthlicher Teil.

Gesamtministerium.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Oberrechnungsrevisor Krüger den Titel und Rang als Rechnungsrat zu verleihen.

Justizministerium.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Ortsrichter Franz Louis Schubert in Reichenbach b. Siebenlehn das Ehrenkreuz zu verleihen.

Finanzministerium.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Steiger Lichtenberger bei den staatlichen Erzbergwerken bei Freiberg das Ehrenkreuz zu verleihen.

Ministerium des Innern.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Polizeidirektor Dr. Wagler in Leipzig das ihm von Se. Majestät dem Kaiser von Österreich, König von Ungarn verliehene Offizierskreuz des Franz-Joseph-Ordens annehme und trage.

Herr Amtshauptmann Dr. Edelmann in Flöha ist vom 9. Juni bis mit 7. Juli beurlaubt.

Schemmig, am 26. Mai 1913.
Der Amtshauptmann.

3831

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Deutsches Reich.

Das englische Königspaar in Berlin.

Berlin, 26. Mai. Der König und die Königin von England, die am gestrigen Sonntag den Oberbürgermeister Wermuth in längerer Audienz empfingen, sprachen sich hierbei überaus erfreut und befriedigt über den Aufenthalt in Berlin und über den Verlauf der ganzen Festlichkeiten aus und waren voll des Lobes über die Schönheiten der Stadt. Im Anschluß hieran überwieß der König der Stadt Berlin den Betrag von

10000 M. mit dem Wunsche, ihn für wohltätige Zwecke zu verwenden.

Heute vormittag fuhr das englische Königspaar nach Neu-Strelitz, wo um 1/21 Uhr die Ankunft erfolgte. Um 1/22 Uhr war Frühstückstafel im Gelben Saale des Großherzogl. Residenzschlosses. Während der Tafel brachte der Großherzog auf die Majestäten einen in herzoglichen Worten gehaltenen Trinkspruch aus und gedachte dabei besonders des heutigen Geburtstages der Königin. Nach der Tafel fand Cercle statt. Um 4 Uhr traten die englischen Majestäten die Fahrt nach Berlin an, wo sie um 6 Uhr eintrafen.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, die Großherzogin Luise von Baden und die Prinzen Oskar und Joachim speisten heute abend bei den englischen Herrschaften in deren Gemächern. Abends wurde im Königl. Opernhaus auf Allerhöchsten Befehl „Kerkira“ gegeben. Der Kaiser erschien in englischer Feldmarschalluniform mit der Königin von England und der Königin von England in der Uniform der 1. Gardebrigade mit der Kronprinzessin. Die beiden Monarchen saßen nebeneinander. In der Pause hielten die Majestäten in dem großen Foyer Cercle.

Der König und die Königin von England reisen morgen nachmittag 5 Uhr 35 Min. vom Lehrter Bahnhof über Bissingen nach London ab.

Potsdam, 27. Mai. Heute vormittag um 10 Uhr fand im Lustgarten die Parade der Potsdamer Garnison in Gegenwart des Kaisers, der Kaiserin, der Königl. Prinzen und Prinzessinnen, des Königs und der Königin von England statt.

Reichstag.

Die Heeresvorlage in der Budgetkommission.

Berlin, 26. Mai. Die Kommission fuhr heute in der Beratung des Ergänzungsetats zum Militär-etat bei Kap. 24 Titel 2 fort, Sanitätsoffiziere und Veterinär-offiziere. Der Berichterstatter beantragte die Genehmigung. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte sich mit der Schaffung ärztlicher Garantien für die vermehrten Truppen einverstanden. Indessen sei der Fehlbetrag noch immer groß. Den Ärztemangel beklagte auch ein fortschrittlicher Abgeordneter. Es seien 53,37 Proz. aller Stellen unbesetzt. Redner nannte als erste Ursache die bestehende konfessionellen Vorurteile, worunter die jüdische Ärzteschaft leide. Der preussische Kriegsminister erwiderte: Der Mangel rühre daher, daß der Abgang an Sanitäts-offizieren, auch Stabs-offizieren, stark sei. Dem solle durch Erhöhung der Stellen an der Kaiser-Wilhelm-Akademie abgeholfen werden. Beim letzten Termine habe sich eine drei- bis fünfmal höhere Zahl gemeldet, als angenommen werden konnte. Für den Mobilmachungsbedarf liege keine Gefahr vor. Fälle von vorübergehender Krankheitsbehandlung durch Sanitäts-offiziere seien ihm nicht bekannt. Die Vorwürfe, die gegen das Verhältnis zwischen Offizier- und Sanitäts-offizierkorps erhoben worden seien, weise er zurück. Ein Zentrumredner fragte an, ob es nicht möglich sei, den studierenden Mediziner finanzielle Unterstützung zu gewähren unter der Bedingung, daß sie sich später als Sanitäts-offiziere zur Verfügung stellen unter Anrechnung von fünf Jahren auf das pensionsfähige Dienstalter, damit der Sanitäts-offizier nicht mehr hinter dem Leutnant zurückstehe. Der Kriegsminister führte aus: Die Frage sei in Fluß und werde verfolgt, sei aber wegen der Folgen für andere Berufe nicht unbedenklich. Ein nationalliberaler Redner erklärte, in größeren Garnisonen bestehe vielfach Anlaß zu Klagen, z. B. bei einem bestimmten Garderegiment.

Spionagegeheimnis.

Berlin, 26. Mai. Dem Reichstag ist heute der Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zugegangen. Von den Neuerungen, die der Entwurf den Vorschriften des geltenden Rechtes gegenüber bringt, sind besonders hervorzuheben: Militärische Geheimnisse im Sinne des Gesetzes sind, wie bisher, Schriften, Zeichnungen und andere Gegenstände, außerdem aber jetzt auch Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist. Der Verrat eines militärischen Geheimnisses wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren (früher Gefängnis bis zu fünf Jahren), bei mildernden Umständen mit Gefängnis von einem bis zu zehn Jahren bestraft. Hat der Verrat eine bedeutende Gefahr für die Sicherheit des Reiches zur Folge gehabt und konnte der Täter dies voraussehen, so kann, was neu ist, auf lebenslanges Zuchthaus erkannt werden. Das gleiche gilt, wenn das Geheimnis dem Täter in seiner Eigenschaft als deutscher Beamter oder deutsche Militärperson zu-

gänglich war. Die im bisherigen § 4 vorgesehene Gefängnis- oder Festungshaft ist von „bis zu drei“ auf „bis zu fünf Jahren“ erhöht worden. Die Verabredung oder Vorbereitung eines Verbrechens gegen die Sicherheit des Reiches wird, wenn es nicht zur Vollendung oder zu einem strafbaren Versuche gekommen ist, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Neu sind die §§ 7 und 8, welche die Anknüpfung von Beziehungen zur Mitteilung militärischer Geheimnisse an das Ausland mit Gefängnis bestrafen. Nach § 8 wird derjenige, der an einem militärisch wichtigen Orte unrichtige Angaben über seine Personallisten macht, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft. Einem verschärften Schutzes bedürfen die militärischen Geheimnisse auch gegen fahrlässige Preisgabe. Deshalb wird künftig derjenige, der fahrlässig ein militärisches Geheimnis in die Öffentlichkeit gelangen läßt, ohne Rücksicht darauf unter Strafe gestellt, ob er das Geheimnis auf amtlichem Wege erlangt hat oder nicht. Da fast jede Untersuchung wegen des Verrats militärischer Geheimnisse durch vorzeitige Veröffentlichungen erschwert oder beeinträchtigt wird, so macht der Entwurf solche Veröffentlichungen bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens von einer Erlaubnis der zuständigen Behörde abhängig. Die Frage der Geldnebenstrafen wird einheitlich geregelt. Dabei ist das Höchstmaß für die Verbrechensfälle erheblich erhöht worden.

Am Balkan.

Auf dem Wege zum Frieden.

Der Stand der Verhandlungen.
London, 26. Mai. In der heutigen Sitzung der griechischen, serbischen und montenegrinischen Friedensdelegierten entschied man sich dahin, offiziell eine Konferenz der Kriegführenden einzuberufen und hiermit Staatssekretär Grey zu betrauen. Die bulgarischen Delegierten nahmen an der Sitzung nicht teil, wurden aber von ihrer Entschließung unterrichtet.

Sitzung der Votschastervereinigung.

London, 26. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt, dauerte die heutige Sitzung der Votschastervereinigung 2 1/2 Stunden. Wie berichtet wird, ist der Wunsch allgemein, daß die Friedenspräliminarien schnelligt und ohne Änderungen unterzeichnet werden. Außer mit der Frage des Friedens hat sich die Votschastervereinigung mit dem albanischen Statut beschäftigt.

Italien und Griechenland in der albanischen Frage.

Berlin, 27. Mai. Der „Tag“ erfährt aus Paris, 26. Mai: Auf folgender Grundlage wurde, wie man hier versichert, dank der Vermittlung Deutschlands und Frankreichs, ein Einvernehmen zwischen Griechenland und Italien erzielt: Griechenland begnügt sich mit einer über Itelia nicht hinausreichenden Küstengrenze und verpflichtet sich, längs des Kanals von Korfu keinerlei Befestigungen anzulegen. Dagegen erhebt Griechenland Anspruch auf die ihm bisher von Italien verweigerten namhaften Gebietserweiterungen in Nord-epirus und die Zuficherung der wohlwollenden Unterstützung Italiens bei der endgültigen Regelung der ägäischen Inselfrage.

Die Verbündeten unter sich.

Griechen und Bulgaren.
Saloniki, 26. Mai. Die griechische Regierung hat in Sofia gegen die Beschickung der zwischen Orfano und Kavalla kreuzenden griechischen Kriegsschiffe durch bulgarische Truppen Einspruch erhoben.

Athen, 26. Mai. Amtlich. Die Verlustliste der Griechen in den Kämpfen mit den Bulgaren am Pangäusgebirge betrug an Toten 3 Offiziere und 56 Soldaten und an Verwundeten 3 Offiziere und 134 Soldaten.

Zwei noch in Serres befindliche griechische Eskadronen sind nach Lumgaza zurückbefohlen worden.

Belgrad, 26. Mai. Das Regierungsbüro „Samouprava“ gibt dem tiefen Bedauern über den blutigen zweitägigen Kampf zwischen bulgarischen und griechischen Truppen Ausdruck und erklärt, Serbien habe nur den Wunsch, daß die beiden Verbündeten alles aufbieten mögen, um der hier entgegenzutreten, durch welche die teureren Errungenschaften des letzten Krieges bedroht werden.

Serbien und Bulgarien.

Belgrad, 26. Mai. Ministerpräsident Paschitsch ließ heute vormittag den Parteiführern das schriftliche Exposé über die serbisch-bulgarische Grenzfrage